



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und
Rechtsfragen/Vergabe/Internationales**

Frau Simons

Telefon: (0221) 221-25087

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: corinna.simons@stadt-koeln.de

Datum: 05.08.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 05.07.2010, 15:36 Uhr bis 17:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	
Herr Michael Neubert	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	(bis 17:23 Uhr)
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Herr Volker Görzel	FDP	
Herr Frank Maul	PRO KÖLN	(bis 17:35 Uhr)

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz-Dieter Klein	auf Vorschlag der SPD	
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	
Herr Oliver Krems	SPD	(bis 16:45 Uhr)
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU	
Frau Katharina Roy	auf Vorschlag der CDU	
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN	
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)	
Herr Dr. Manfred Hoffmann	auf Vorschlag der LINKEN	
Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Markus Danuser	KLuST e.V.
Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Frau Filiz Kalaman	LDK

Verwaltung

Herr Werner Adams
Herr Ingo Fleischer
Frau Ursula Herx
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Hans-Joachim Mohr
Herr Hans-Jürgen Petry
Herr Hubertus Tempski
Herr Frieder Wolf

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Ulrich Langner

Schriftführerin

Frau Corinna Simons

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und heißt Herrn Adams, der in Zukunft für den Bereich Vergabe ständiges Mitglied im AVR sein wird, als Nachfolger von Herrn Cremer, herzlich willkommen.

Herr Granitzka informiert den Ausschuss darüber, dass Herr Ahr, sachkundiger Einwohner der FDP, seine Ämter niedergelegt habe. Ein Nachfolger werde im Rat bestimmt.

Die Verwaltung schlägt zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 3.3 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 07.06.2010
Gewalt gegen Polizei
2305/2010
- 3.4 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage von Herrn Detjen vom 15.03.2010
Ausbildung jugendlicher Flüchtlinge
2588/2010
- 3.5 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage von Frau Koppmann vom
26.04.2010
Einrichtung des "Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst"
2619/2010
- 3.6 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 15.03.2010 Entwicklung
der Personalaufwendungen
1204/2010

- 4.5 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Mai 2010
2501/2010
- 4.6 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Einsetzung der Mitglieder durch den Rat
2522/2010
Bei dieser Vorlage handelt es sich um eine Beschlussvorlage für den Rat. Der AVR wird gebeten nur Kenntnis zu nehmen.
- 4.7 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit nach § 379 Abs. 3 SGB III
1242/2010
Bei dieser Vorlage handelt es sich um eine Beschlussvorlage für den Rat. Der AVR wird gebeten nur Kenntnis zu nehmen. >> TOP als 10.4 zurückgezogen!
>> geänderte Fassung als Tischvorlage (Änderung bezieht sich lediglich auf das benannte Wahlverfahren!)
- 6.2 Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 23.06.2010
Drogenkriminalität in der Stadt Köln
AN/1256/2010
- 6.3 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 01.07.2010
Brüsseler Platz
AN/1324/2010
>> Tischvorlage
- 6.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.07.2010
Vakante Amtsleiterposten in der Stadtverwaltung
AN/1338/2010
>> Tischvorlage

Beantwortungen liegen hierzu noch nicht vor!

- 10.4 zurückgezogen
TOP wird unter 4.7 zur Kenntnis genommen.
- 10.10 Bürgerhaushalt 2010
hier: Vorschlag Nr. 871/12 "Decken statt Heizpilze"
1938/2010
- 10.11 Errichtung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Rheinland (CVUA Rheinland) als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011
1931/2010
Die Vorlage wurde mit Schreiben vom 23.06.2010 umgedruckt und verteilt. Ich bitte, sie zur Sitzung bereit zu halten.

- 10.12 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 28.08.2008
hier: Öffentliche Bekanntmachung
2844/2010
>> **Tischvorlage**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 12.2 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2009
2552/2010
- 16.7 Fortsetzung der Vereinbarung über die umfassende datenverarbeitungstechnische Kooperation mit dem Bayerischen Versorgungsverband - Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden - vertreten durch die Bayerische Versorgungskammer (BVK)
1052/2010
- 16.8 Bedarfsprüfung zur Verlängerung eines Rahmenvertrages
1095/2010
- 16.9 Bedarfsprüfung zur Beteiligung der Stadt Köln an einem Rahmenvertrag des Zweckverbandes KDN über Software, Software-Pflege und Dienstleistungen im Bereich von Dokumenten Management Software (DMS)
4974/2009
- 16.10 Bereitstellung eines E-Partizipationsverfahrens im Rahmen der Lärmaktionsplanung
1157/2010

Auf Vorschlag von Herrn Wolter wird die Vorlage 2552/2010 „Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2009“ in den öffentlichen Teil der Sitzung verschoben. Der Ausschuss ist einverstanden, die Mitteilung als TOP 4.8 aufzurufen.

Auf Anregung von Herrn Detjen werden die Vorlagen 2535/2010 „Kölner Netzwerk Bürgerengagement“ und 2225/2010 „Leitbild Köln 2020“ vertagt.

Auf Bitten von Herrn Neubert wird die Vorlage 0919/2010 „Anregung zur Änderung der Sondernutzungssatzung“ heute nicht behandelt und in der nächsten Sitzung aufgerufen.

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Genderranking deutscher Großstädte 2010

2 Internationales

2.1 Besuch einer Delegation aus Tel Aviv

2.2 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

2.3 Die Gestaltung kommunaler Daseinsvorsorge im Europäischen Binnenmarkt

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 26.04.2010
Verwarngeld für einen roten Teppich auf dem Gehweg
2192/2010

3.2 Beantwortung einer Anfrage vom 26.04.2010
Granitplattenschäden auf dem Roncalliplatz
2369/2010

3.3 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 07.06.2010
Gewalt gegen Polizei
2305/2010

3.4 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage von Herrn Detjen vom 15.03.2010
Ausbildung jugendlicher Flüchtlinge
2588/2010

3.5 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage von Frau Koppmann vom
26.04.2010
Einrichtung des "Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst"
2619/2010

3.6 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 15.03.2010 Entwicklung
der Personalaufwendungen
1204/2010

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Klagemauer vor dem Kölner Dom/Schildergasse
2235/2010

4.2 Verschlüsselung von WLAN-Verbindungen in der Stadtverwaltung Köln
2469/2010

4.3 Kölner Netzwerk Bürgerengagement
Sachstandsbericht 2009 bis Mitte 2010
2535/2010

4.4 Bericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms `Millenniumsentwicklungsziele´
1647/2010

4.5 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Mai 2010
2501/2010

4.6 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Einsetzung der Mitglieder durch
den Rat
2522/2010

4.7 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Ar-
beit nach § 379 Abs. 3 SGB III
1242/2010

4.8 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2009
2552/2010

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 14.06.2010
Taxigewerbe in Köln
AN/1137/2010

6.1.1 Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Pro Köln zum Taxi-
verkehr in Köln
2529/2010

6.2 Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 23.06.2010
Drogenkriminalität in der Stadt Köln
AN/1256/2010

6.3 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 01.07.2010
Brüsseler Platz
AN/1324/2010

6.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.07.2010
Vakante Amtsleiterposten in der Stadtverwaltung
AN/1338/2010

7 Mündliche Anfragen

7.1 Christopher Street Day (CSD) 2010

7.2 Grillsaison 2010

7.3 Rahmenvertrag Umweltpapier

7.4 Behinderungen auf Radwegen rund um die Ringe

7.5 Google-Street-View

8 Anträge

8.1 Ratsmitgliedschaften vor 2004 im städtischen Internetportal
AN/0908/2010

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Anregung zur Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Köln vom
15.04.2009 (Az.: 02-1600-8/10)
0919/2010

10.2 Beschluss der BV Rodenkirchen vom 26.04.2010
Stärkung der Bezirksvertretungen
1961/2010

10.3 2. Ordnungsbehördliche Rechtsverordnung über das Offenhalten von Ver-
kaufsstellen im Agnesviertel
2108/2010

- 10.4 zurückgezogen

- 10.5 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010

- 10.6 Lieferung von Holz in verschiedenen Sortierungen
2335/2010

- 10.7 Bürgerhaushalt 2010
hier: Nr. 208/83 Ungewollte Werbung
2409/2010

- 10.8 Bürgerhaushalt 2010
hier: Vorschlag Nr. 704/63 "Nichtraucherschutz, Verstärkung der Kontrollen"
1941/2010

- 10.9 Bürgerhaushalt 2010 - hier: Nr. 550/77 "Das Geld liegt auf der Straße"
2209/2010

- 10.10 Bürgerhaushalt 2010
hier: Vorschlag Nr. 871/12 "Decken statt Heizpilze"
1938/2010

- 10.11 Errichtung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Rheinland
(CVUA Rheinland) als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum
01.01.2011
1931/2010

- 10.12 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom 28.08.2008
hier: Öffentliche Bekanntmachung
2844/2010

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Genderranking deutscher Großstädte 2010

Frau Kronenberg berichtet, die Fernuniversität Hagen habe im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung ein Genderranking zu den politischen Funktionen in deutschen Großstädten erstellt.

Grundlage bilde der Geschlechteranteil der Ratsmitglieder, Fraktionsvorsitze, Ausschussvorsitze, Dezernatsleitungen und die Position der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters.

Nur 9 der 79 Städte werden von einer Oberbürgermeisterin geleitet.

Siegerin des Genderranking sei zum zweiten Mal Frankfurt/Main, dann folgen Stuttgart, Münster und München. Köln belege 2010 Platz 22 und sei damit im Vergleich zum Vorjahr um 8 Plätze gefallen. Düsseldorf sei um 26 Plätze von Platz 4 auf Platz 31 gerutscht.

2 Internationales

2.1 Besuch einer Delegation aus Tel Aviv

Auf Einladung der Stadt hält sich vom 30. Juni bis zum 6. Juli eine zehnköpfige Delegation den Mitarbeitern verschiedener Schwulen- und Lesbenorganisationen aus der israelischen Partnerstadt Tel Aviv-Yafo zu einem Expertenaustausch in Köln auf. Die Abordnung habe am 4. Juli als eigenständige Gruppe an der CSD-Parade teilgenommen. Herr Wolf bedankt sich in diesem Zusammenhang auch für die gute Zusammenarbeit mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender und dem Städtepartnerschaftsverein.

Herr Wolter dankt der Stadt Köln für die relativ kurzfristige Einladung und berichtet von begeisternden Beobachtungen während der Parade, z. B. das gemeinsame Fahneschwenken, Tanzen und Feiern von Teilnehmern aus Israel und dem Iran.

2.2 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Herr Wolf kündigt für eine der nächsten Sitzungen eine Mitteilung zum Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit vom 7. Juni 2010 an, der u.a. einen Prüfauftrag an Bund und Länder zur Finanzierung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit beinhaltet. Als eine von acht in den Ausschuss eingeladenen Kommunen hat die Stadt Köln aktiv an der Ausarbeitung dieses Beschlusses mitgewirkt.

2.3 Die Gestaltung kommunaler Daseinsvorsorge im Europäischen Binnenmarkt

Herr Wolf bietet einen Bericht des Ministers für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen über „Die Gestaltung kommunaler Daseinsvorsorge im Europäischen Binnenmarkt - empirische Untersuchung zu den Auswirkungen des europäischen Beihilfe- und Vergaberechts insbesondere im Abwasser- und Krankenhaussektor sowie in der Abfallentsorgung“ an, den er digital zur Verfügung stellen könne oder den die Mitglieder heute als gebundenes Druckexemplar mitnehmen können.

Er ergänzt, auf Wunsch des Ausschusses könne er die Autoren des Berichts zur ausführlichen Beratung in eine der nächsten Sitzungen einladen.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 26.04.2010 Verwarngeld für einen roten Teppich auf dem Gehweg 2192/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 1), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.2 Beantwortung einer Anfrage vom 26.04.2010
Granitplattenschäden auf dem Roncalliplatz
2369/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 2), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Wolter vermisst in der Mitteilung das Aufzeigen von Lösungen. Es wäre wenig hilfreich die gegenwärtige Situation zu beschreiben, vielmehr müsse von der Verwaltung eine Lösung für die Problematik erarbeitet werden.

Eine Granitplattenbeschädigung auf dem Roncalliplatz müsse vermieden werden, evtl. durch eine Sperrung für LKW.

Herr Granitzka bemerkt, vielleicht sei ja auch eine Vermeidung der Beschädigungen durch eine Verstärkung der Granitplatten möglich.

Er bittet noch mal um Stellungnahme des Fachbereichs.

**3.3 Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 07.06.2010
Gewalt gegen Polizei
2305/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 3), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.4 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage von Herrn Detjen vom
15.03.2010
Ausbildung jugendlicher Flüchtlinge
2588/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 4), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herr Detjen erläutert Frau Dahmen, die enge Vernetzung der Ausländerbehörde mit dem Kölner Netzwerk KNFA – Kölner Netzwerk Flüchtlinge und Arbeit ermögliche auch in Zukunft eine erfolgreiche Vermittlung jugendlicher Flüchtlinge in Ausbildung. Der Ausschuss werde über die weitere erfolgreiche Zusammenarbeit unterrichtet.

Frau Dahmen ergänzt, die aktuelle Finanzierung Xenos läuft zum 31.08.2010 aus, soll aber verlängert werden. Dafür seien Anträge bzw. Interessensbekundungen notwendig.

**3.5 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage von Frau Koppmann vom 26.04.2010
Einrichtung des "Gefährdungsmeldungs-Sofort-Dienst"
2619/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 5), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Koppmann erläutert, durch die Beantwortung stelle sich heraus, dass es mit anderen Krankenhäusern vertragliche Regelungen gäbe. Nun stelle sich die Frage, warum gibt es mit Porz keine vertragliche Regelung und wann werde diese vertragliche Regelung nachgeholt.

Herr Kahlen sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Frage zu.

**3.6 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 15.03.2010 Entwicklung der Personalaufwendungen
1204/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 6), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau von Bülow bittet um Erläuterung zum Haushaltsjahr 2009 bzw. der im Haushaltsjahr 2009 zugesetzten Stellen. Die Verwaltung habe nur 284 der zugesetzten Stellen aufgelistet und Frau von Bülow wünscht eine Ergänzung zu den übrigen 290 Stellen.

Frau von Bülow hinterfragt darüber hinaus im Bereich „Sonstige Mehrbelastungen“ die Nennung der Landtagswahl 2010, auch hier bittet Sie um eine ergänzende Mitteilung.

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Klagemauer vor dem Kölner Dom/Schildergasse
2235/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 7), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Möller berichtet von Reaktionen von Holocaust-Überlebenden aus Israel. Sie habe versucht die rechtlichen Grundlagen, für das Aufstellen der sogenannten Klagemauer zu vermitteln, dies sei ihr aber nicht gelungen. Darüber hinaus habe auch die Stadt Tel Aviv und die israelische Botschaft Besorgnis geäußert.

Herr Granitzka fasst zusammen, Grundlage für die Klagemauer sei nun mal das Demonstrationsrecht und nach Einschätzung des Oberlandesgerichtes handele es sich hier um eine Dauerversammlung, die von der Polizei nicht verboten werden könne. Das Oberlandesgericht habe so wiederholt geurteilt und weder Polizei noch Verwaltung habe eine juristische Handhabe gegen die Klagemauer.

Herr Granitzka bittet die Verwaltung erneut gemeinsam mit der Polizei um Überprüfung der Inhalte und auch der Form der Darstellung, evtl. finde man verbotene Inhalte oder eine Behinderung von Fußgängerinnen und Fußgängern, die zum Abbau der Klagemauer führen können.

Auf Rückfrage von Herrn Hopfauf erläutert Herr Kahlen, Herr Oberbürgermeister Roters versuche mit diesem runden Tisch eine inhaltliche Diskussion zu führen. Das Echo aus dem Ausland zur Bewertung der Situation, er erinnert an Reaktionen im Zusammenhang mit dem Verbot von Karikaturen, sei Grund genug hier, unabhängig von der rechtlichen Situation, inhaltlich zu diskutieren.

Herr Kahlen ergänzt abschließend ein Termin für den runden Tisch befinde sich zurzeit in Abstimmung.

4.2 Verschlüsselung von WLAN-Verbindungen in der Stadtverwaltung Köln 2469/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 8), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.3 Kölner Netzwerk Bürgerengagement Sachstandsbericht 2009 bis Mitte 2010 2535/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 9), der Ausschuss vertagt die Kenntnisnahme in die nächste Sitzung.

4.4 Bericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms `Millenniumsentwicklungsziele´ 1647/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 10), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Frau dos Santos-Herrmann erläutert Herr Kahlen, das Konzept zur Einführung eines fairen Beschaffungswesens mit den Ergebnissen der Piloten werde leider nicht, wie in der Mitteilung angekündigt, Mitte 2010 sondern voraussichtlich im 4. Quartal 2010 in den Gremien vorgestellt. Er bittet diese Verzögerung zu entschuldigen.

Frau von Bülow bedauert, dass der Umsetzungsprozess im Sinne des Ratsbeschlusses vom 25.09.2008 erst Anfang 2010 mit einer startenden Ausschreibung im Rahmen eines Pilotversuches angelaufen sei.

Auf weitere Nachfragen erläutert Herr Stadtdirektor die Verwaltung leide unter der Annahme die Aufnahme von einzelnen zusätzlichen Kriterien in den Vergaberichtlinien sei unproblematisch. Das Vergabeverfahren sei ein äußerst komplexes Verfahren, das eine Vielzahl von Anforderungen an den Auszuschreibenden, den Vergabeprüfer und den Anbieter stelle. Jede zusätzliche Anforderung bringe zwangsläufig ein neues Zeiterfordernis mit sich. Da im Rahmen des Konjunkturprogramms II die Beschleunigung des Vergabeverfahrens Vorrang habe, sei auf eine umfassende Einführung des Konzeptes vorerst verzichtet worden.

Auf weitere Rückfrage von Frau dos Santos-Herrmann zu Maßnahme 16 sagt Herr Kahlen einen Sachstandsbericht zum Fortschritt im Bereich energetische Sanierung (z. B. durch Dämmung) durch die Gebäudewirtschaft zu.

Frau von Bülow bittet um einen aktuellen Sachstand zu Maßnahme 3 und im Besonderen zur „Akademie der Künste der Welt“.

Frau Möller bedauert im Zusammenhang mit der Maßnahme 4, dass aufgrund der finanziellen Situation der Stadt Köln auf die Zusetzung einer halben Stelle beim Schulverwaltungsamt verzichtet wurde. Sie bittet darum, diese halbe Stelle in den Haushaltsplanberatungen erneut zu berücksichtigen.

Herr Detjen bittet um beispielhafte Darstellung von schwierigen Vergabeprozessen in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss verweist die Vorlage zur Kenntnisnahme in den Ausschuss Umwelt und Grün.

4.5 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Mai 2010 2501/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 11), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.6 Ausländerrechtliche Beratungskommission; Einsetzung der Mitglieder durch den Rat 2522/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 12), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.7 Benennung von Mitgliedern in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit nach § 379 Abs. 3 SGB III 1242/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 13), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.8 Mitteilung der Verwaltung über die Überstunden 2009 2552/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 14), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Granitzka weist auf die Überstundenentwicklung seit dem Einsturz des Historischen Archivs im Jahre 2009 hin und dankt an dieser Stelle allen städtischen Mitarbeitern, die in diesem Zusammenhang bis heute Unglaubliches leisten und geleistet haben.

Auf Rückfragen von Frau von Bülow und Frau Manderla erläutert Herr Kahlen, im Zusammenhang mit der Problematik der Überstunden im Bereich der Schulhausmeister sei der entsprechende Tarifvertrag aus den 70er Jahren und müsse komplett, auch im Leistungsspektrum, überarbeitet werden.

Herr Kahlen bietet an, eine Mitteilung an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Situation des Bürgeramtes Mühlheim auch dem AVR zur Kenntnis zu geben. Der Ausschuss ist einverstanden.

Darüber hinaus verweist Herr Kahlen auf die nächste Dialogkonferenz "Die Zukunft unserer Schulen - Gemeinsam für bessere Lösungen" im September, zu der selbstverständlich die Fraktionen herzlich eingeladen seien.

Auf weitere Rückfrage sagt Herr Kahlen einen Bericht über die Entwicklung der Überstunden und eine Prognose für das laufende Jahr 2010 für die nächste Sitzung zu.

Abschließend ergänzt Herr Kahlen, dass die durch den Archivabsturz entstandenen Überstunden selbstverständlich dem Verursacher in Rechnung zu stellen seien.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

Mitteilungen und Stellungnahmen lagen zur Sitzung nicht vor.

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 14.06.2010 Taxigewerbe in Köln AN/1137/2010

6.1.1 Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Pro Köln zum Taxiverkehr in Köln 2529/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt (Anlage 15), der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Rückfrage von Herrn Maul erläutert Herr Tempksi, die Ortskundeprüfung werde auf Deutsch durchgeführt und die Durchfallquote sei aufgrund fehlender Sprachkenntnisse recht hoch.

6.2 Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 23.06.2010 Drogenkriminalität in der Stadt Köln AN/1256/2010

6.3 Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 01.07.2010 Brüsseler Platz AN/1324/2010

Frau Manderla bittet um nachhaltige und langfristige Prüfung der Angelegenheit.

6.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.07.2010 Vakante Amtsleiterposten in der Stadtverwaltung AN/1338/2010

Herr Stadtdirektor Kahlen bittet darum, die Anfrage mündlich beantworten zu dürfen.

Herr Kahlen berichtet, der Ausschreibungstext für die Stelle der Amtsleitung im Schulverwaltungsamt befinde sich zurzeit in der internen Abstimmung. Die Stelle werde intern und extern ausgeschrieben. Für die Stelle der Amtsleitung im Personalamt sei zurzeit keine externe Ausschreibung der Stelle geplant.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Görzel erläutert Herr Kahlen, während dem Prozess der internen Abstimmung seien der GPR, die Gleichstellungsbeauftragte und die GSBV involviert.

Auf Anregung von Herrn Granitzka wird der Ausschreibungstext dieser Niederschrift beigelegt (Anlage 16).

7 Mündliche Anfragen

7.1 Christopher Street Day (CSD) 2010

Herr Granitzka berichtet über Müll- und Glasverschmutzungen im Zusammenhang mit dem CSD, laut dem Sprecher der AWB, "in nie gekanntem Ausmaße".

Herr Kahlen betont, die Verwaltung lerne aus jeder Veranstaltung für die Zukunft. Er sagt eine schriftliche Stellungnahme zum Thema „Spaß ohne Glas beim CSD“ zu.

7.2 Grillsaison 2010

Frau Manderla berichtet über Bürgerinnen und Bürger, die während der Grillsaison ihr Grill-Equipment und Grillgut in die öffentlichen Parks oder auf die öffentlichen Flächen schleppen, aber ihren Unrat einfach liegen lassen. Es sei zwar so, dass das Ordnungsamt kontrolliere, jedoch wolle sie gern wissen zu welchen Zeitpunkten kontrolliert werde und wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dies tun. Es sei sicherlich nicht effektiv, wenn ein oder zwei Personen solche Kontrollen durchführen würden.

Herr Kahlen weist darauf hin, dass es notwendig sei die Menschen mental zu erreichen, indem an ihr Verantwortungs- und ihr Gemeinschaftsgefühl appelliert werde.

Herr Granitzka betont abschließend, eine persönliche Ansprache sein sinnvoll aber allein nicht ausreichend! Es könne nicht sein, dass Personen ganz bewusst brennende Einweggrills in die Unterflurcontainer werfen, um dann die Löschzüge zu beobachten, die 1000 Liter Wasser in diesen Container pumpen, tags darauf diese 1000 Liter wieder abpumpen um die Flüssigkeit dann als Sondermüll zu entsorgen. Dies verursache immense Kosten und sei darüber hinaus eine Straftat und müsse auch als solche geahndet werden.

7.3 Rahmenvertrag Umweltpapier

Herr Wolter bittet um einen aktuellen Sachstand zum Rahmenvertrag „Umweltpapier“.

7.4 Behinderungen auf Radwegen rund um die Ringe

Herr Wolter berichtet von Sonnenschirmen, die rund um die Gastronomie auf den Ringen und der Aachener Straße weit auf bzw. in die Fahrradwege ragen (durch Überbreite und Montage auf niedriger Höhe) und zu Behinderungen der Radfahrer führen.

Herr Kahlen sagt eine schriftliche Beantwortung in der nächsten Sitzung zu.

7.5 Google-Street-View

Herr Görzel dankt der Verwaltung, dass in den Bürgerämtern der Stadtverwaltung Widerspruchslisten gegen Google-Street-View ausliegen, er hoffe dies sei nur ein Anfang.

Herr Kahlen ergänzt, der Ausdruck einer Empfangsbestätigung für den Bürger sei möglich und der Datenschutz werde bei dieser Aktion gewahrt, wenn Personen bemerken, dass sie ihre Unterschrift gegen Google-Street-View nicht öffentlich leisten mögen.

8 Anträge

8.1 Ratsmitgliedschaften vor 2004 im städtischen Internetportal AN/0908/2010

Auf unterschiedliche Rückfragen erläutert Herr Mohr, die Daten zu Ratsmitgliedschaften seit 2004 seien nicht im Internet dokumentiert und über die Onlineredaktion betreut, sondern vielmehr würden diese Daten systematisch über die Sitzungsbearbeitungssoftware Session bzw. über das Ratsinformationssystem herangezogen. Die Verwaltung prüfe zurzeit, ob eine Fortschreibung statt einer Überschreibung dieser Daten möglich sei. Herr Mohr ergänzt, vor Einführung Session habe es keine dv-unterstützte Datenerfassung von Ratsmitgliedschaften gegeben. Eine Auflistung aller Ratsmitglieder vor 2004 erfordere eine manuelle Nacherfassung dieser Daten. Er bittet die Fraktionen darüber zu beraten, wie weit für eine Nacherfassung in die Vergangenheit zurückgegangen werden solle.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung um eine Mitteilung über Aufwand und Kosten für die Darstellung aller Ratsmitglieder vor 2004 im Internetportal der Stadt Köln gemäß Antrag.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Aufwand und Kosten für die Auflistung der Mitgliedschaften im Rat, in Ausschüssen und Gremien des Rates der Stadt Köln, aller Ratsmitglieder vor 2004, im Internetportal der Stadt zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

9 Platzvergaben

Platzvergaben lagen zur Sitzung nicht vor.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Anregung zur Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Köln vom 15.04.2009 (Az.: 02-1600-8/10) 0919/2010

Beschluss:

Der Ausschuss vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.2 Beschluss der BV Rodenkirchen vom 26.04.2010 Stärkung der Bezirksvertretungen 1961/2010

Frau von Bülow weist darauf hin, die Bezirksvertretung Ehrenfeld habe im Dezember 2009 einen gleichen Antrag gestellt.

Auf Nachfrage von Frau von Bülow erläutert Herr Kahlen, nach seiner Kenntnis sei der Ratsbeschluss vom 20.07.2004 zur Stärkung der Bezirke und der Erhöhung deren Haushaltskompetenzen bereits 2006/2007 umgesetzt worden. Er betont, die Verwaltung setze aktuell keine Ratsbeschlüsse mehr von 2004 um.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen zur Kenntnis und verweist ihn zur Prüfung an die Verwaltung. Diese soll konkrete Vorschläge zur Änderung der Zuständigkeitsordnung erarbeiten, die dem Rat vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.3 2. Ordnungsbehördliche Rechtsverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Agnesviertel
2108/2010**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusentwurfes:

Der Rat beschließt gemäß § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Agnesviertel am Sonntag, dem 05.09.2010, von 13:00 - 18:00 Uhr.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.4 zurückgezogen

**10.5 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss vertagt die Vorlage in die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.6 Lieferung von Holz in verschiedenen Sortierungen
2335/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales erkennt den Bedarf zur Beschaffung von Holz in verschiedenen Sortierungen für das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen an und beauftragt die Verwaltung, ein Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.7 Bürgerhaushalt 2010
hier: Nr. 208/83 Ungewollte Werbung
2409/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss folgt dem Votum des Ausschusses Umwelt und Grün und fasst folgenden geänderten Beschluss:

1. Der AVR nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.
3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen.
4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

**10.8 Bürgerhaushalt 2010
hier: Vorschlag Nr. 704/63 "Nichtraucherschutz, Verstärkung der Kontrollen"
1941/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss folgt dem Votum des Ausschusses Umwelt und Grün und fasst folgenden geänderten Beschluss:

1. Der AVR nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.
3. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen.
4. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

10.9 Bürgerhaushalt 2010 - hier: Nr. 550/77 "Das Geld liegt auf der Straße" 2209/2010

Beschluss:

Der Ausschuss folgt dem Votum des Ausschusses Umwelt und Grün und fasst folgenden geänderten Beschluss:

3. Der AVR nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis.
4. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.
5. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschieden werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen.
6. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

10.10 Bürgerhaushalt 2010
hier: Vorschlag Nr. 871/12 "Decken statt Heizpilze"
1938/2010

Auf Anregung von Herrn Granitzka werden die TOPs 10.7 bis 10.10 gemeinsam behandelt und beschlossen.

Herr Detjen bittet die Verwaltung beim Vorschlag Nr. 208/83 „Ungewollte Werbung“ um Beachtung einer Unterscheidung von Werbeprospekten zur gewerblichen Nutzung und politischer Wahlwerbung, die ja weiterhin erlaubt sein sollte.

Auf Rückfrage von Herrn Wolter zum Vorschlag Nr. 704/63 „Nichtraucherschutz, Verstärkung der Kontrollen“ erläutert Herr Kahlen, die aktuelle Gesetzgebung fördere zurzeit noch nicht den Nichtraucherschutz. Möglicherweise sei die Anzahl der Kontrollen nicht so hoch wie von der Initiative gefordert. Jedoch sei auch die Kontrolle allein noch nicht wirkungsvoll sondern nur eine Kontrolle in Verbindung mit einem kompletten ordnungsbehördlichen Verfahren.

Herr Kahlen betont, eine entsprechende eindeutige Gesetzgebung auf Landesebene ohne mögliche Schlupflöcher führe zu einem wirklichen Nichtraucherschutz und entbinde die Stadt auch von der Aufbringung zusätzlicher Finanzmittel für den Nichtraucherschutz.

Herr Tempksi ergänzt, Kontrollen zur Umsetzung des Nichtraucherschutzgesetzes habe es nicht erst seit Lautwerden der Initiative „Rauchfrei aber richtig“ gegeben, sondern seien auch schon im Vorfeld von der Verwaltung durchgeführt worden. Mittlerweile sei das ganze Stadtgebiet involviert und darüber hinaus sei ein Formular in der Vorbereitung, das interessierten Nichtraucherschützern eine formale Anzeige erleichtere.

Abschließend fasst Herr Tempksi aktuelle Zahlen (Stand: 05.07.2010) zusammen:

- Ordnungsbehördliche Kontrollen in Gaststätten und Betrieben > 1348
- Verwarnungen > 328
- Bußgeldverfahren > 129
- Anhörungen zum Erlass von Ordnungsverfügungen > 52
- Erlass von Ordnungsverfügungen > 21
- Festsetzung eines Zwangsgeldes > 1
- Einstellung von Ordnungsverfahren > 8
- Anhängige Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht > 12

Beschluss:

Der Ausschuss folgt dem Votum des Ausschusses Umwelt und Grün und fasst folgenden geänderten Beschluss:

5. Der AVR nimmt die Bürgervorschläge und darauf bezogenen Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis.
6. Der Ausschuss empfiehlt die Umsetzung der von der Verwaltung positiv beschiedenen Vorschläge, soweit damit keine haushaltswirksamen Auswirkungen verbunden sind.
7. Soweit Bürgervorschläge von der Verwaltung als kritisch oder ablehnend beschiedenen werden, diese jedoch teilweise sehr sinnvolle Ansätze enthalten, behält sich der Ausschuss vor, das Thema noch einmal aufzugreifen.
8. Alle Vorschläge mit haushaltsmäßigen Auswirkungen werden zur weiteren Beratung in die Haushaltsplanberatungen verschoben.

Darüber hinaus schließt sich der Ausschuss auch der Änderung wie folgt an:

- 1.) Soweit es Gestaltungsrichtlinien für die Außengastronomien im öffentlichen Straßenland gibt, sind dort bereits freistehende Heizstrahler (sog. „Heizpilze“) untersagt, elektrisch betriebene Heizstrahler jedoch erlaubt. Aus gesamtenergetischer Sicht sind elektrisch betriebene Heizstrahler jedoch umweltschädlich, da bei der Produktion des Stroms höhere Emissionen erzeugt werden. Die Verwaltung wird die Richtlinien prüfen und in Gesprächen mit der Gastronomie, insbesondere mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) einen generellen Verzicht auf Heizgeräte diskutieren. Stattdessen wird für die Verwendung von Decken **und anderen Alternativen** geworben.
- 2.) Die Bereiche des öffentlichen Straßenlandes, in denen keine Gestaltungsrichtlinie gilt, werden entsprechend mit der Gastronomie und dem DEHOGA diskutiert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

**10.11 Errichtung des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Rheinland (CVUA Rheinland) als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011
1931/2010**

Auf Rückfrage von Herrn Wolter stellt Herr Langner dar, aus Sicht des GPR sei festzustellen, dass die Überleitung der Beschäftigten per Gesetz geregelt sei aber der § 17 IUAG NRW einen Spielraum eröffne, für die Beschäftigten Regelungen in Form eines Überleitungsvertrages bzw. eines Überleitungstarifvertrages zu erreichen.

Der GPR wünsche sich aufklärende Gespräche mit der Verwaltung im Zusammenhang mit der Prüfung der Frage, ob eine Möglichkeit der Personalgestellung genutzt werden könne und welche Regelung (z.B bezüglich erhöhter Fahrtkosten) im Zusammenhang mit der Standortaufgabe für die Betroffenen getroffen werden könne.

Ferner erwartet der GPR andere Einsatzmöglichkeiten innerhalb der Stadtverwaltung für die Kolleginnen und Kollegen, die nicht in die AöR wechseln wollen.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Langner, bei normalen Überleitungen greife grundsätzlich § 613 a BGB in dem ein Widerspruchsrecht für die Beschäftigten geregelt sei. Mit diesem Widerspruchsrecht könne der/die Beschäftigte bei gleichzeitigem Aufgabenwegfall erreichen, bei der Stadt Köln zu verbleiben. Im vorliegenden Fall greife allerdings § 17 IUAG NRW, in dem von einem Widerspruchsrecht keine Rede sei.

Abschließend sagt Herr Kahlen die gewünschten Gespräche mit dem GPR zu.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.12 5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Köln vom
28.08.2008
hier: Öffentliche Bekanntmachung
2844/2010**

Herr Wolter meldet Beratungsbedarf an und bittet die Vorlage ohne Votum in den Rat zu geben.

Herr Granitzka bittet um Abstimmung.

Beschluss:

Der AVR verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Vorsitzender
Schriftführerin

Granitzka
mons

Si-